

Annahme-Bureau. In Posen außer in der Expedition dieser Zeitung (Wilhelmsstr. 17) bei G. H. Ulrich & Co. Breitestraße 14. in Gnesen bei Th. Spindler, in Grätz bei F. Streifand, in Meseritz bei Ph. Matthias.

Posener Zeitung.

Neunundachtzigster Jahrgang.

Annahme-Bureau. In Berlin, Breslau, Dresden, Frankfurt a. M., Hamburg, Leipzig, München, Stettin, Stuttgart, Wien: bei G. L. Faubé & Co., Haasenstein & Vogler, Rudolph Mosse. In Berlin, Dresden, Göttingen, beim „Invalidendank“.

Nr. 80.

Mittwoch, 1. Februar.

Inserate 20 Pf. die sechsgepaltene Petitzeile ober deren Raum, Reklamen verhältnismäßig höher, sind an die Expedition zu senden und werden für die am folgenden Tage Morgens 7 Uhr erscheinende Nummer bis 6 Uhr Nachmittags angenommen.

1882.

Das Abonnement auf dieses täglich drei Mal erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Posens 4 1/2 Mark, für ganz Deutschland 5 Mark 45 Pf. Bestellungen nehmen alle Postanstalten des deutschen Reiches an.

Amtliches.

Berlin, 31. Januar. Der König hat den bei dem Konsistorium zu Stettin als etatsmäßiges Mitglied angestellten Konsistorial-Assessor Zitelmann zum Konsistorialrath ernannt; sowie den Eisenbahnsekretären Bergien in Bromberg, Sattler in Berlin, Ruhlmann und Knoop in Eberfeld sowie Horn in Kassel, dem Eisenbahn-Hauptkassen-Buchhalter Bölle in Frankfurt a. M. und dem Eisenbahn-Hauptkassen-Assistenten Scheurow in Breslau den Charakter als Rechnungsrath verliehen. Der ordentliche Seminarlehrer Bittner zu Bitow ist an das Schul-Lehrerseminar in Marienburg, und der ordentliche Seminarlehrer Clausen zu Ederförde an das Schullehrerseminar in Bitow veretzt worden. Der Oberförsterkandidat und Leutnant im reitenden Feldjäger-Korps, Godbersen ist zum Oberförster ernannt und ist demselben die durch Verletzung des Oberförsters Metz erledigte Oberförsterstelle zu Landeck, im Regierungsbezirk Marienwerder, verliehen worden.

Vom Landtage.

Abgeordnetenhaus.

5. Sitzung.

Berlin, 31. Januar. Am Ministertisch Bitter, Manbach, Friedberg, Lucius und Kommissarien. Eingegangen ist der Gesetzentwurf betr. die Verwendung der Jahresüberschüsse der Verwaltung der Eisenbahn Angelegenheiten.

Die erste Beratung des Etats wird fortgesetzt. Abg. von Zedlitz-Neukirch: Der erste Theil der Rede Richter's war durchaus sachlich, mit dem zweiten trat er wieder in das alte Geleise des politischen Staubaufwirbelns. Bei der Verstaatlichungspolitik war nicht das finanzielle Interesse die Hauptsache, sondern das des Verkehrs. Die Höhe des Extraordinariums ist für die Bilanzierung des Etats kein Essentiale, und Richter, wenn er die geringen Ueberschüsse der Staatsbahnen bemängelt, möge bedenken, daß sie zum größten Theile im Osten der Monarchie liegen, und daß bei den schlechten Ernten ihr Verkehr abnehmen mußte. Die Einnahmen der östlichen Bahnen konnten daher mit denen der westlichen nicht Schritt halten. Ueber den Justizetat hat Richter eine Reihe unrichtiger Zahlen vorgeführt, vor Allem von den Einnahmen aus den Gerichtsgebühren die Kosten der Erhebung nicht vorweg in Abzug gebracht. Eine unbefangene Prüfung des Eisenbahn-Etats würde Herrn Richter überzeugen haben, daß das Ergebnis der Verstaatlichung sich gegen das Vorjahr um über 5 Millionen verbessert hat. Es ist ja leicht, diese 5 Millionen den großen Summen unseres Etats gegenüber als geringfügig darzustellen, aber in anderer Beziehung hat er eine solche Summe durchaus nicht für gering erachtet. Die Summe, wegen deren er im Reichstage die dort bewährten Traditionen der Finanzpolitik hat durchbrechen zu müssen geglaubt, betrug auch nicht viel mehr. Wegen der 11 Millionen für Betriebsmaterial hätte wohl richtiger regelmäßig im Ordinarium Vorkehrung getroffen werden können. In Wirklichkeit stellen sich indessen jene 11 Millionen keineswegs als eine neue Anleihe dar: der mit ihrer Aufnahme verfolgte Zweck ist vielmehr der einer Konvertirung der als Erneuerungs- und Betriebsfonds der verstaatlichten Bahnen angelegten hochprozentigen Prioritäten in Konsols. Wie kann da Herr Richter von einer Durchbrechung des Staatsrechts, einem Bruch mit den altbewährten Traditionen unserer Finanzwirtschaft sprechen? Offenbar will er damit einen Konflikt zwischen Krone und Abgeordnetenhaus provozieren. (Widerpruch links.) Es war stets die übereinstimmende Auffassung aller gegebenden Faktoren Preußens, daß der betreffende Artikel der Verfassung keineswegs die Deckung außerordentlicher Bedürfnisse durch Anleihen ausschließt. So ist auch zu jeder Zeit verfahren worden. Selbst wenn die laufenden Einnahmen hinreichende Mittel darboten, sind doch außerordentliche Bedürfnisse regelmäßig durch Anleihen gedeckt worden. (Redner sucht an der Hand eines umfangreichen Zahlenmaterials, in dessen Detail nicht eingetreten werden kann, die Behauptung, daß der laufende Etat sich schlechter gestalte, als der vorige, zu widerlegen und fährt, zu der Frage des Steuererlasses übergehend, fort:) Wenn man den selben lediglich aus finanziellen Gesichtspunkten betrachtet, könnte man vielleicht zu dem Resultat kommen, daß derselbe abzulehnen sei. Indessen der Hinblick auf die aus dem Reich zu erwartenden Mehreinnahmen und der Umstand, daß die Steuern im Reich ausdrücklich unter der Voraussetzung ihrer demnächstigen Verwendung zu Steuererlassen, wenigstens in Preußen, verlangt und bewilligt sind, müssen doch zu dem entgegengesetzten Votum führen. Schwieriger ist die Frage, wie der Erlass einzurichten ist. Der vor Richter beleuchtete Weg der Befreiung der Schulgelber ist unpraktisch. Ebenso undenkbar ist der Vorschlag, die Gebührener zu ermäßigen, zumal mit demselben der der Grundsteuer-Ermäßigung Hand in Hand gehen müßte. Im Vorjahr haben wir völlig unorganisch ein Stück aus unseren Personalsteuern herausgerissen, indem wir eine Vierteljahrsrate bauernd außer Geltung setzten. Benutzen wir jetzt die 6 Millionen dazu, eine stärkere Depressio herbeizuführen. Wir sind in den letzten Jahren, hauptsächlich unter dem Einflusse jener Seite dazu gekommen, unsere Finanzen nicht nach den dauernden Bedürfnissen des Staats, sondern nach den vorübergehenden Parteibedürfnissen zu regeln. Das sollte doch auf alle Fälle vermieden werden, da wir damit die Grundlagen einer gesunden und soliden Finanzwirtschaft verlieren würden. (Beifall rechts.)

Abg. Richter: Die Finanzpolitik, die dem Herrn Vorredner für die Zukunft Preußens jetzt so sehr bedenklich erscheint, ist die von der Regierung vor den Wahlen im Jahre 1878 eingeführte Politik der ungemessenen Versprechungen, zu deren Erfüllung 350-400 Millionen neuer Steuern im Reich nötig sind und die unser Finanzsystem erschüttern haben. Wobin soll das führen? Herr v. Zedlitz hat aus einer harmlosen Bemerkung über das verfassungsmäßige Ausgabebewilligungsrecht dieses Hauses einen Konflikt zwischen Krone und Haus hervorgezaubert, er, der im Jahre 1877 dem Antrage, Positionen aus der damaligen Anleihevorlage, die in das Etatsgesetz hineingehören, in das letztere zu setzen, weil sonst das Ausgabebewilligungsrecht des Hauses illusorisch würde, als Mitglied der Budgetkommission beitrug. Das Aufhören sachgemäßer von Ihnen selbst für vortrefflich befundener Bemerkungen zu Konsultationsfragen macht jede sachliche Verhandlung unmöglich und häuft einen Zündstoff auf, der schließlich einmal zur Explosion kommen kann. Wir würden es nicht, aber wer hat diese Redensarten von Konflikt erfunden? (Abg. v. Zedlitz: Sie!) Ich? Herr v. Z. ist wirklich von Träumen beunruhigt, wenn er mich der Meinung zum Konflikt für verdächtig erklärt. (Weiterkeit.) Das wissen meine Wähler besser; wenn mir ein Vorwurf gemacht wird, so ist es

der, daß ich zu viel Rechnung trage, daß ich zu sanft bin. (Große Heiterkeit.) — In dem Kampf des Abg. v. Zedlitz gegen den Abg. Richter wegen des vorjährigen Eisenbahnüberschusses mische ich mich nicht weiter ein; es handelte sich da um zu kleine Beträge, auf die es bei einem solchen schwankenden Etat wirklich nicht ankommt. (Oh! rechts.) Ja, das liegt in der großen Eisenbahnverwaltung. Dagegen konstatire ich, daß der Finanzminister dem Ersuchen der Abg. v. Hüne, v. Rauchhaupt und Richter nicht entsprochen hat, uns Mittheilung über die finanziellen Verhältnisse des laufenden Jahres zu machen. Auch hat er Herrn Richter vollständig mißverstanden, der nicht über die wirtschaftlichen Verhältnisse, sondern über die finanziellen eine Aufklärung wollte. (Der Finanzminister: Ich habe es zugefagt!) Ja, aber nicht gesagt. Es ist richtig, daß der Finanzminister hier bei der Einleitungsrede nur hervorgehoben hat, daß die Eisenbahnen im Etat 1882/83 einen reinen Ueberschuß von 12 Millionen ergeben und daß diese Thatsache die Eisenbahnpolitik hinreichend rechtfertige. Diese Rede wird dann durch das Wolffsche Telegraphenbureau und die offiziöse Presse, die ja die Neben der Gegner nicht so berücksichtigt, überallhin verbreitet. Von der Bemerkung des Vorberichts aber, daß von diesem reinen Ueberschuß die Hälfte dadurch abgeht, daß 6 Millionen Zinsen von dem Eisenbahnetat auf den Etat der öffentlichen Schuld übertragen sind, sagt der Finanzminister in der Rede nichts. Ich bedaure das. Im Uebrigen enthält die Rede des Finanzministers nichts, was nicht schon in dem uns mit dem Etat zugegangenen Vorbericht geschrieben steht, der leider nicht in die offiziöse Presse übergeht. Daß der Herr Finanzminister sich um diese Presse nicht kümmert, glaube ich gern, um so mehr als ich sehe, daß bei der „Nordd. Allgem. Ztg.“ z. B. ein Anderer eine hervorragendere Rolle spielt, als der Finanzminister. Als ich heute früh nach einem ausführlichen Bericht der Rede des Finanzministers in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ suchte, fand ich nur einen ganz kurzen Bericht, aber was habe ich gesehen? Die Rede des Herrn v. Rauchhaupt ganz vollständig nach dem stenographischen Bericht. Mir ist jetzt Alles klar. (Große Heiterkeit.) Die Rede des Abg. Richter ist dort in verhältnismäßig wenigen Zeilen wiedergegeben. Da Herr von Rauchhaupt's Rede so viel Beachtung zu Theil wird, halte ich mich für verpflichtet, auf dessen Bemerkungen über die wirtschaftlichen Verhältnisse Einiges zu entgegnen. Herr v. Rauchhaupt hat die Befreiung in einzelnen Branchen mit dem Zolltarif in Verbindung gebracht. Wer von uns hat geleugnet, daß eine Befreiung in einzelnen Zweigen eingetreten ist? Schon der Finanzminister Camphausen hat dieselbe vor mehreren Jahren vorausgesagt. Die wirtschaftliche Krisis war eine allgemeine, nicht bloß Deutschland betreffende. Noch vor dem Zolltarif, in der zweiten Hälfte 1879, kam in die Eisenindustrie, von Amerika ausgehend, ein großer Aufschwung, die Preise gingen um das vier-, ja fünffache des Zollbetrages in die Höhe und im zweiten Semester 1880, also nach Einführung des Zolltarifes, gingen die Eisenpreise wieder, und zwar wieder auf Grund einer Einwirkung vom Auslande auf den früheren niedrigen Stand herunter. Die Befreiung der wirtschaftlichen Verhältnisse beschränkt sich keineswegs auf Deutschland, sondern sie tritt in allen Kulturländern, mit am meisten in dem freihändlerischen Land der Welt, in England hervor. (Redner führt eine Reihe von Zahlen an, aus denen hervorgeht, daß der Aufschwung der Eisen- und anderer Industrien in England und Frankreich ein größerer gewesen als in Deutschland, u. a. auch die enorme Steigerung der Kohlenbeförderung in England im Jahre 1881.) Schon früher einmal habe ich gesagt, daß der Zolltarif gar nicht im Stande ist, unsere wirtschaftlichen Verhältnisse in so erheblichem Maße zu bessern. Die jetzige Befreiung ist eine nicht bloß auf Deutschland bezügliche und natürliche: der Zolltarif hat, abgesehen vielleicht von einigen wenigen Positionen, die Gelbgebung verzögert. Auch Herr von Rauchhaupt hat zugeben müssen, daß in einzelnen Branchen eine Befreiung nicht eingetreten, er selbst hat die vielgeplagte Tabakindustrie genannt: als ich ihm gest. zurief: „Mühlenindustrie!“ hat er es nicht gehört. (Redner verliest Urtheile von Sachverständigen aus Rheinland und Westfalen, wonach die Mühlenindustrie durch den Zolltarif schwer gelitten, ferner Berichte des Zentralblatts für die Textilindustrie und mehrerer Fachzeitungen aus der Lederindustrie, aus denen hervorgeht, daß der Zolltarif nicht eine allgemeine Befreiung in diesen Branchen herbeigeführt haben.) Der Abg. v. Rauchhaupt beruft sich auf die Prosperität der Sparassen, diese Thatsache beweise nichts; in der Zeit von 1874 bis 1879, in der Aera Delbrück seien die Einlagen bei den Sparassen, wie früher Herr v. Heyden hervorgehoben, gemacht, weshalb habe nicht Herr v. Rauchhaupt lieber die Steuereinsparungen in Betracht gezogen. Nach einem bemerkenswerthen Artikel der „Germania“ wird die Zahl der von der Klassensteuer Befreiten von Jahr zu Jahr größer — 1878/79 25,81 Prozent der Bevölkerung, 1881/82 29,29 Prozent — die Zahl der Klassensteuerpflichtigen werde geringer, die Zahl der zur klassifizierten Einkommensteuer Eingeklassierten wachse dagegen sehr wenig. (Redner geht alsdann auf eine Bemerkung des Abg. v. Rauchhaupt in Betreff des Zolles und der Getreidepreise näher ein und sucht dieselbe zu widerlegen.) Was den Eisenbahnetat anbelangt, so erkenne er die technische Leistungsfähigkeit des Herrn Ministers vollkommen an. Die gestrige Bemerkung des Ministers, daß der Reichstag nicht kompetent gewesen wäre, die Frage der Eisenbahnbeamten zu diskutieren, begreife er nicht; es habe sich dort um eine Maßregel gehandelt, welche einen Beamten einer elsäß lothringischen Bahn betreffen, daß bei dieser Gelegenheit auch Preußen exemplifizirt worden, sei erklärlich, da derselbe Minister für Preußen und für Elsaß-Lothringen in Frage stehe. Der Herr Minister erklärt, die staatsbürgerlichen Rechte der Eisenbahnbeamten nicht beschränken zu wollen; ich bin aber der Meinung, daß einige Eisenbahnbehörden dies gethan; ich unterschreibe den Satz, daß die Disziplin aufrecht erhalten werden muß, und zwar in jeder Verwaltung; aber eben so richtig ist es, daß die Disziplin gelockert wird, wenn in dem Beamten das Bewußtsein entsteht, daß er trotz der Ausübung seiner amtlichen Pflichten in den Rechten beeinträchtigt wird, welche ihm kraft der Verfassung und der Gesetzgebung des Landes zufließen. Auch die Regierung muß diese Rechte respektiren; der Minister geht zu weit, wenn er sagt: die Beamten können zwar petitioniren, aber sie dürfen nicht darauf agitiren. Was bedeutet dies letztere? Wenn die Beamten Besprechungen halten, wenn sie sich an einen Abgeordneten wenden, nennen Sie das agitiren? Dazu haben sie doch zweifellos das Recht. Auch wir werden uns die Befugnisse nicht zweifeln lassen und nicht nehmen lassen, für die Rechte der Beamten, wo wir es für unsere Pflicht erachten, einzutreten. Hielt der Herr Minister es für richtig, daß z. B. von dem Betriebsamt in Wiesbaden an sämtliche Stationsvorsteher, Aufseher etc. mit Bezug auf die von Königsberg aus-

gegangene Petition verfügt ist: „Da ein solches Verhalten mit der Ordnung des Dienstes und den Pflichten eines Staatsbeamten nicht vereinbar ist, so warnen wir, die Petition, welche dem Vernehmen nach auch bereits in dem Bezirk der königlichen Eisenbahn-Direktion zu Frankfurt am Main in Zirkulation gesetzt ist, zu unterzeichnen. Je nach Befund würde Dienstentlassung derjenigen Beamten erfolgen, welche unserer vorstehenden Warnung entgegen doch ihre Unterschrift hergeben.“ (Hört! hört!) Ferner hat der Herr Abg. Richter uns im Reichstage bereits mitgetheilt, daß einem Eisenbahnbeamten u. A. deswegen gekündigt ist, weil er mit dem Abg. Richter korrespondirt habe; ich habe die Verfügung des Eisenbahnbetriebsamts in Hannover vor mir, da heißt es: „Ferner haben Sie nicht Anstand genommen, zum Zweck der künftigen Einwirkung auf die künftigen Entscheidungen der königlichen Staatsregierung die Unterstützung eines Abgeordneten anzurufen.“ (Hört! hört! links.) Das also wird auch als Grund der Entlassung angegeben. (Zuruf.) Der Herr Minister verneint es, nun wir werden ja Auskunft darüber erhalten. Jedenfalls bin ich mit dem Abgeordneten Hüne darin einverstanden, daß wir trotz der Warnung des Herrn Ministers die Beschwerden der Beamten in der Budgetkommission gründlich prüfen werden. Im Uebrigen habe ich über den Eisenbahnetat für jetzt nur wenige Bemerkungen zu machen. Aus den Ueberschüssen dieser Jahre lassen sich weitere Schlüsse nicht machen, sie sind auch kein Beweis für die Verstaatlichungsidee. Die Angriffe des Herrn Ministers gegen die Bemerkungen des Abg. Richter über den Eisenbahnetat pro 1882/83 kann ich nicht als zutreffend ansehen. Thatsache ist, daß in diesem Etat der Erneuerungsfonds 3 Millionen niedriger angesetzt ist, als er sein müßte nach der von dem Herrn Minister selbst aufgestellten Berechnung über den Ueberschuß und daß der Herr Minister gleichwohl neben dem Etat eine Anleihe von 11 Millionen forderte, um die Betriebsmittel zu verstärken. Weshalb verlangt die Regierung nicht wenigstens diese 3 Millionen mehr in dem Ordinarium des Etats? Der Eisenbahnetat würde allerdings in diesem Falle nach Außen hin nicht so günstig erscheinen. Wenn der Abg. von Zedlitz darauf hingewiesen, daß nicht finanzielle, sondern wirtschaftliche Gründe zur Verstaatlichung geführt, so frage er: sei diesen wirtschaftlichen Rücksichten Rechnung getragen, sind die Wünsche auf Ermäßigung der Tarife erfüllt und sei überhaupt Hoffnung vorhanden, daß sie erfüllt werden könnten? Der Finanzminister würde sicher sein Veto einlegen. — Was das Verwendungsgesetz anbelangt, so hat der Herr Finanzminister sich wohl getrennt überzeugen müssen, daß die Aufnahme desselben auf der rechten Seite eine sehr frühe gewesen und daß das Zentrum und die linke Seite des Hauses eine ablehnende Haltung eingenommen. Ich hätte gewünscht, die Staatsregierung legte uns statt des Verwendungsgesetzes lieber ihren Steuerreformplan vor, die Herren Minister hätten in dieser Beziehung nicht so rückwärtswohlt in Betreff unserer Arbeitskraft sein dürfen. Ich trete der Anschauung des Herrn v. Hüne unbedingt bei, daß wir kein weiteres Verwendungsgesetz brauchen als dasjenige von 1880, ich bin auch überzeugt, daß die Beamten darüber nicht unglücklich sein werden, da das Geld für die Erhöhung der Beamtengehälter leider auch durch die Annahme des Verwendungsgesetzes noch nicht herbeigeschafft wird. Die Aushebung des Schulgeldes im Wege des Verwendungsgesetzes halte ich mit Herrn v. Rauchhaupt nicht für durchführbar. Ein dringendes Interesse indeß haben alle Parteien daran, endlich den Steuerreformplan der Regierung zu kennen. Schon im Jahre 1879 hat der Herr Finanzminister die Vorlegung desselben versprochen, im November 1880 wiederholt der Herr Minister das Versprechen für dieses Jahr. und jetzt, nach 14 Monaten, haben wir den Steuerreformplan noch nicht. Der Herr Finanzminister giebt nicht einmal Auskunft über die Ideen, welche ihn hierbei geleitet haben. Ich stelle die Frage an ihn und muß es ihm überlassen, ob er sie beantworten will oder nicht: Steht er noch auf demselben Standpunkt wie im Jahre 1880, wo er uns in der Kommission über das Verwendungsgesetz erklärte, daß ein weiterer Steuererlass als die 14 Millionen aus den 130 Mill. Reichssteuern in Preußen nicht zu erwarten sei, da das Uebrige zu Ausgaben zu reserviren sei und daß auch diese 14 Millionen Steuererlass durch die von der Staatsregierung geplante Reform der direkten Steuern wieder eingebracht werden sollen. Im direkten Gegensatz hierzu hat der Herr Reichskanzler im Jahre 1879 und der Herr Staatssekretär Scholz im Jahre 1880 im Reichstage erklärt, daß der Herr Reichskanzler als wirkliches praktisches Ziel, nicht etwa bloß ideales betrachte: Beseitigung der Klassensteuer, Ueberweisung der Grund- und Gebäudesteuer an die Provinzen, Kreise und Kommunen, Verringerung der klassifizierten Einkommensteuer. Ich frage, wie sieht zu diesem offiziell zweimal entwickelten Programm des Herrn Reichskanzlers die preussische Staatsregierung? Hat der Herr Finanzminister die Anschauung, die er früher offiziell hier vertreten, heute noch, wonach die direkten Steuern der feste Kern unseres Finanzsystems bleiben müßten? Der Herr Finanzminister hat im vorigen Jahre anerkannt, daß die Landesvertretung das Recht hat zu erfahren, wohin die Ziele der Regierung gehen. Auch wir haben ein lebhaftes Interesse daran, daß die Regierung über die Steuerreform endlich mit der Sprache herauskommt. Sollen die direkten Steuern beseitigt werden bis auf eine kleine Anstandssteuer oder die vom Finanzminister im vorigen Jahre geplante Reform durchgeführt werden? Wir sind nicht im Stande, dem Herrn Reichskanzler in seinen Reformen auf dem sozialen und finanzpolitischen Gebiet ohne Weiteres zu folgen; die Herren Konserativen werden erkannt haben, daß dies auch für sie etwas Bedenkliches hat. Es war ihnen gewiß nicht gut zu Muthe, als der Herr Reichskanzler in diesem Jahre erklärte, er habe sich davon überzeugt, daß die Unfallversicherungs-Vorlage in der vorjährigen Gestalt nicht durchführbar sei. Auch wir haben den schlichten Wunsch, daß die Regierung nur endlich über ihre Steuerreformpläne volle Klarheit giebt, das glaube ich aber Herrn v. Rauchhaupt von Herzen, ist diese Aufklärung erst gegeben, so werden seine Freunde in weit geringerer Anzahl hier erscheinen als jetzt. (Beifall links.)

Finanzminister Bitter: Herr Richter hat mit großer Bestimmtheit erklärt, daß wir uns in der Politik ungemessener Versprechungen bewegen. Ich finde nicht, daß im Etat davon etwas steht und über diesen verhandeln wir jetzt. Der Abg. Richter hat sich bemüht, nachzuweisen, daß 350 Millionen Mark neuer Steuern in Aussicht stehen. Seine Rechnung bewegt sich in allgemeinen Ideen und entbehrt jeder realen Grundlage. Ich bin dieser Rechnung bereits in verschiedenen Zeitungen begegnet, die der linken Seite dieses Hauses nahe stehen. Daß ich vom Ministerische Vernehmung dagegen einlegen sollte, wenn solche Zahlen hier vorgebracht werden, kann Keiner von mir verlangen. (Zuruf: Warum denn nicht?) Wenn aber doch Werth darauf gelegt

werden sollte, daß ich gegen diese Zahlen Widerspruch erhebe, dann erkläre ich sie in der Hauptsache für unbegründet. (Abg. Richter: Beweis!) Der Abg. Richter hat es für seine Pflicht erachtet, mich über die laufende Verwaltung bei Gelegenheit der Statistischerung zu äußern. Schon gestern habe ich gesagt, daß bisher die laufende Verwaltung bloß in den Etatsdebatten zur Sprache gekommen ist, und nicht zum Gegenstande eines anderen Kapitels bei der Einführung des Etats gemacht worden ist. Ich habe erklärt, daß wenn eine Auskunft über die etatsmäßige Lage der laufenden Verwaltung gefordert, ich gerne bereit bin, sie zu ertheilen, soweit ich kann. Von Geheimnistrüerei war also keine Rede. Nun hat der Abg. Richter seine Bemerkung darüber ausgesprochen, daß die Rede des Herrn v. Rauchhaupt in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ stenographisch, die meine aber, wie die des Herrn Richter nur im gedrängten Auszuge mitgeteilt worden sei, und er hat daran einige Bemerkungen geknüpft. Ich kann Ihnen die Versicherung geben, daß ich mit der „Norddeutschen Zeitung“ nach dieser Richtung hin in gar keiner Beziehung stehe, ich habe auch keine Beziehungen mit irgend welchen anderen Zeitungen, die einzige Beziehung, die ich habe, ist die, daß ich von Zeit zu Zeit, durchschnittlich alle sechs Wochen darin lese, daß meine Stellung erschüttert sei. (Heiterkeit.) Ich bin daran gewöhnt und es ist mir auch ganz gleichgültig. Bezüglich des Extraordinariums habe ich den Wunsch gehabt, es ganz verschwinden zu lassen. Der Anfang, den ich gemacht, ist nicht von großer Erheblichkeit, aber er ist da. Ich gebe davon aus, daß große, über das gewöhnliche Maß hinausgehende Ausgaben für Neubehaltungen und Neubauten nicht in das Extraordinarium gehören, sondern in besondere Kreditgesetze, um eine wirkliche Balance zu erzielen. Was nun die wirtschaftliche Lage betrifft, so hat, glaube ich, Herr von Rauchhaupt die Besserung unserer wirtschaftlichen Verhältnisse nicht aus der Zollpolitik hergeleitet, sondern sie einfach konstatirt und daraus auf eine Besserung der Finanzlage geschlossen. Ich will bei dieser Gelegenheit eine Notiz geben, die Ihnen vielleicht von Interesse ist. Die Getreideeinfuhr aus Rußland in die östlichen Provinzen, wozu ich allerdings auch Pommern, Posen und Schlesien rechne, betrug vom 1. Januar bis zum letzten November 1880 483 Millionen Kgr., im Jahre 1881 615 Millionen Kgr., also 132 Mill. Kgr. mehr. Sie ist gestiegen in Ostpreußen um 79 Mill., in Westpreußen um 50 Mill. und in Provinzialverwaltungen sind 1881 103 Mill. mehr als sonst. Ich konstatire hieraus einen erheblich gesteigerten Getreideverkehr. Nun werden Sie vielleicht sagen, daß die gute Ernte in Rußland diesen Aufschwung verursacht hat. Aber ich sage: Geben Sie uns einige gute Ernten, dann wird überhaupt vom Nothstande sehr wenig die Rede sein. Darin beruht die Existenz, und wenn wir mit der Industrie gute Ernten haben, dann können Sie sich darauf verlassen, daß wir keine Noth haben. Der Abg. Richter hat mich nun gefragt, was wegen des Verwendungsgesetzes und wegen der Steuerreform geschehen soll. Ich erkläre: die Steuerreformprojekte sind ausgearbeitet und zwar, soweit sie das Finanzministerium betreffen, vollständig, sie sind aber im Staatsministerium noch nicht zur Vertheilung gelangt und deshalb bin ich vorläufig nicht in der Lage, die Gesetze, die eben noch keine Gesetzesentwürfe sind, dem hohen Hause mitzutheilen. Sollte die Staatsregierung der Meinung sein, daß ich diese Gesetze vorlegen könne, so wird das ja sehr gern geschehen. Das Verwendungsgesetz wird Ihnen in acht Tagen vorgelegt werden. Das Fundament des Steuerentwurfes war für die Regierung das Gesetz vom 16. Juli 1880. Auf Grund dieses Gesetzes war die Regierung genöthigt, die 6 Millionen in den Etat einzufragen. Sollte das Haus eine andere Verwendung beschließen, so wird die Regierung dazu Stellung nehmen. Die Finanzlage des Staates ist eine um so günstigere, als der Abschluß des Ordinariums 19 gestellt ist, daß die extraordinären Einnahmen, also etwas über 10 Millionen ohne Abzug den extraordinären Ausgaben überwiesen werden können. Wir können also mit Zuversicht in das neue Finanzjahr eintreten. (Beifall rechts.)

Minister M a y b a c h: Ich bin dem Abg. Richter sehr dankbar für das Kompliment, welches er mir im Eingang seines Vortrages gemacht hat. Wenn er aber diesem Kompliment selbst Werth beilegt, dann wird er vielleicht meiner Versicherung Glauben schenken, wenn ich sage, daß ich der Ueberzeugung bin, nicht nur in den ersten Jahren gute Resultate zu erzielen, sondern in der Zukunft erst recht. Herr Abg. Richter ist dann zurückgekommen auf die bereits gestern von mir ausführlicher erörterte Frage, ob seitens der Regierung oder meinerseits den Beamten meines Ressorts das Petitionsrecht beschränkt sei. Ich wiederhole, das Petitionsrecht, das verfassungsmäßige Recht jedes Bürgers zu beschränken, fällt mir nicht ein, aber ich erwarte, daß der Beamte das Petitionsrecht in einer Form ausübt, die dem dienstlichen Anstand entspricht. Es ist nicht unsere Absicht, den Beamten zu verbieten sich mit einem der Herren Abgeordneten in Verbindung zu setzen, aber gerade dies kann zu einer Lockerung der Disziplin führen, und es erschwert die geordnete Fortführung der Verwaltung gerade da, wo militärische Disziplin herrschen muß. Ich habe gesagt Kollektivpetitionen innerhalb der Verwaltung halte ich nicht für zulässig, und zwar darum, weil damit ein Druck auf die Verwaltung selbst ausgeübt werden soll. Wenn speziell angeführt ist, daß ein Betriebsamt die Abwendung einer Petition mit Entlassung bedroht habe, so würde ich das nicht billigen, doch kann ich es nicht hindern, da es nicht verboten ist. Ich kann auch nicht annehmen, daß ein Beamter darum, weil er mit einem Abgeordneten der Opposition in Verbindung getreten ist, entlassen sei. Dieser Fall ist nicht zu meiner Kenntniß gekommen und ich würde einen derartigen Entlassungsgrund nicht billigen. Wie schon gestern, bitte ich Sie darauf zu achten, daß wir nicht bloß die Rechte der Beamten, sondern auch das Interesse des öffentlichen Dienstes zu wahren haben. Herr Richter wirt mir vor, wir wöken einen Kredit begehren von 11 Millionen für den Betrieb und seien weniger ein für Erneuerungen in den Etat 3 Millionen. Es ist richtig, nach den üblichen Berechnungen stellt sich ein Ueberschuß von 3,073,000 Mark heraus. Aus den laufenden Fonds sollen erneuert werden 49 Lokomotiven, 67 Personenwagen und 493 Güterwagen. Diese Vermehrung wird begehrt, weil eine so erhebliche Verkehrssteigerung stattgefunden hat. Die Zufuhr nach Königsberg ist gegen das Vorjahr gestiegen um 850 Proz., im Herbst nach Danzig um 300 Proz. (Hört! rechts.) Die Ostbahn hat davon allein 240 Proz. befördert. Die Zufuhr aus dem Inlande auf der Ostbahn nach Königsberg beträgt 11 Prozent mehr gegen das Vorjahr, nach Danzig 125 Prozent mehr (Hört! rechts) und nach Berlin im Oktober-November 1000 Prozent mehr, im Dezember 5000 Prozent mehr gegen das Jahr 1880 (Hört! rechts); in dem Bezirk Magdeburg ist der Nübenverkehr im September und November gegen das Vorjahr um 35 Prozent gewachsen. Auf der Station Staffurt hat die Wagenzirkulation betragen am 5. Oktober 1881 950 Wagen gegen 610 im Jahre 1880, am 10. Oktober 975 Wagen gegen 650 im Vorjahre, am 15. Oktober 935 gegen 685 im Vorjahre. Die Salzabfuhr von den Schächten nach den Fabriken ist allein im Oktober um 100 Prozent gewachsen, auch der Kohlenverkehr hat eine bedeutende Steigerung erfahren. Diese Steigerung nöthigt uns, auch unseren Fuhrpark entsprechend auszurüsten. Im Allgemeinen hat sich der gesammte Verkehr gegen das Jahr 1878 gehoben um 15 Prozent und gegen das Jahr 1879 um mehr als 8 Prozent. Des Abg. Richters Behauptung, daß die Ueberschüsse des Jahres 1879 nicht so erheblich, bei den verstaatlichten Bahnen 5,254,000 Mark, wären, weil darin die Ueberträge aus den früheren Jahren enthalten seien, ist nur in Bezug auf die 700,000 Mark bei Magdeburg-Halberstadt richtig. Der große Ueberschuß bei der Rheinisch-Niederrheinischen Eisenbahn mit 2,254,000 M. ist in dieser Rechnung gar nicht zum Vorschein gekommen, sondern in die zur Verbesserung der Betriebseinrichtungen bestimmten und zu bestimmenden Reservefonds abgeführt. Da die erste Rate für das erste Semester 1881 nicht am 1. Januar, sondern erst am 1. Juli, und die zweite Rate erst am 1. Januar bezahlt ist, so ist dies die volle Belastung des Jahres 1880/81 resp. 1881/82 mit der Rente für das ganze Jahr. Sodann soll noch angeblich ein wesentlicher Theil der

Berth-Einnahmen bei den alten Staatsbahnen in den Erträgen für veräußerte alte Materialien stecken. Es ist bei den alten Staatsbahnen im Jahre 1879/80, um welche es sich handelt, ein Betrag von 584,566 M. in die Einnahmen gerechnet, welcher nicht gegenüber den 3,800,000 M. in das Gewicht fällt. Ferner ist zu erwähnen, daß bei allen Staatsbahnen und den verstaatlichten sich sogar ein Ueberschuß von 1,545,000 M. herausstellt. Der in Rede stehende Ueberschuß setzt sich aus den Einnahmen der Staatsbahnen 1880-81 von 7,535,545 und den Mehrausgaben von 2,295,237 M. zusammen. Es ist also auch bei den alten Staatsbahnen das Resultat ein wohlbefriedigendes, zumal durch die Verstaatlichung der Bahnen eine ganz andere Leitung stattfindet. Wir führen jetzt nicht den Verkehr auf der einen oder anderen Linie, je nachdem es alte oder neue Bahnen sind, sondern wir wählen die für die Verkehrsleitung ökonomischste und für das Publikum beste aus. Daraus folgt zwar eine Verschiebung der Einnahmen, aber es läßt keinen Rückschlag auf die Resultate alter und neuer Bahnen zu. Jedenfalls darf ich behaupten, daß wenn schon die unter den schwierigen Verhältnissen gewonnenen bisherigen Ergebnisse so befriedigend ausfallen konnten, Sie mit vollem Vertrauen von der Zukunft erwarten können, daß sie uns noch Besseres bringen wird. (Lebhaftes Bravo rechts.)

Abg. v. B e n d a: Die gestrige und heutige Diskussion hat wesentlich zur Beruhigung beigetragen. Unsere Finanzlage zeigt in diesem Augenblick gerade kein erfreuliches Bild. Uebrigens gelangen wir, wenn wir in der Verstaatlichung fortfahren und die Eisenbahnschuld auf 3 bis 4 Milliarden wächst, unmittelbar auf die Frage der Eisenbahngarantien zurück. Mag man aber einen Reservefonds anammeln, oder eine Amortisation herbeiführen wollen, in beiden Fällen handelt es sich um bares Geld, um 10-20 Millionen. Wie kann man dem gegenüber unsere Finanzlage als eine günstige bezeichnen? Die Erfolge unserer Eisenbahnpolitik sind für die Zukunft ganz unabsehbar. Auch wir erhoffen bedeutende Ueberschüsse. Dann fallen aber doch die Motive für das Verwendungsgesetz ganz weg. Meine Freunde meinen noch immer, daß wir nach den erheblichen Steuerermäßigungen neuer Steuern nicht mehr bedürfen. Anders stehen wir zu der Frage der Steuerreform in Preußen selbst. In dieser Beziehung haben die heutigen Erklärungen des Finanzministers eine sehr niedererschlagenden Eindruck gemacht. Ich fürchte, die Projekte werden im Altersdrank verschollen bleiben. Unsere Stellung — ich halte es für nützlich dies zu wiederholen, ist nach wie vor die: Nachdem einmal das Gesetz von 1873 erlassen ist, muß die unterste Stufe der Klassensteuer völlig beseitigt werden. In den höheren Stufen ist d-rartig zu reformieren, daß das Kapital und der Besitz höher besteuert ist, als die Einnahmen aus der Arbeit. Auch zu einer wirksameren Einschätzungsmethode wollen wir unsere Hand bieten. Die Fede des Reichsanwalters vom Januar vorigen Jahres stimmt wörtlich mit diesem Programm überein. Nach meinen Erfahrungen beschweren sich die Leute auf dem Lande nicht über die direkten Staatssteuern, sondern über die Zuschläge zu den Kommunalsteuern, weil sie die Empfindung haben, daß die Vertheilung eine ungerechte ist. Dagegen wird in den rheinischen Städten vorzugsweise über die Unerwünschlichkeit der kommunalen Zuschläge Klage geführt. Nach diesen beiden Richtungen ist eine Reform nöthig. Warum werden so einfache, praktische Dinge nicht endlich zur Ausführung gebracht? Lassen Sie uns an die Arbeit gehen und den Minister aufzupornen, daß er die etwaigen Hindernisse überwinde. Ich beantrage: 1) der Kommission zu überweisen: die einmaligen und außerordentlichen Ausgaben des Kap. 4 Titel 3 und 4, den Etat des Berg- und Salinenwesens, den der Eisenbahnverwaltung, das Kap. 71 „Amts- und Landgerichte“ des Justizetats, Kap. 75 Gefängnisverwaltung, die Kapitel 120 und 121 des Kultusetats, Gymnasien und Elementarschulen und das Etatsgesetz; 2) die Budgetkommission für die Berathung des Eisenbahnetats um 7 Mitglieder zu verkleinern.

Unterstaatssekretär R i n d f l e i s c h: Herr v. Hüne hat nach den Zeitungen geäußert, der Etat der Richterbesoldungen weise eine Zunahme von 7 Prozent auf. Das muß ein Irrthum sein. Jedenfalls ist es unrichtig.

Die Debatte wird geschlossen. Es folgen persönliche Bemerkungen.

Abg. v. H ü n e muß dagegen protestiren, daß der Regierungskommissar ihn auf Grund irriger Zeitungsberichte zu widerlegen suche. (Aus Versehen ist in dem gestrigen Referat über die Rede des Abg. Frhrn. v. Hüne die Steigerung von 7 Proz. lediglich auf die Richtergehälter bezogen, während sie sich auf das ganze Kapitel: Besoldungen bei den Amts- und Landgerichten erstrecken sollte.)

Abg. R i c h t e r findet es nicht sehr verbindlich, daß nachdem Herr Manbach gestern ausdrücklich für heute eine Erklärung über das Verbot der Infektion der Fahrpläne in liberalen Zeitungen und des Offenlegens in Restaurationen zugelegt hatte, heute diese Erklärung ohne jede nähere Angabe des Grundes unterbleibe.

Damit ist die erste Berathung des Etats beendet. Der Antrag von Benda auf Ueberweisung verschiedener Kapitel an die Budgetkommission wird angenommen, ebenso die Verstärkung dieser Kommission um 7 Mitglieder für die Berathung des Etats der Eisenbahnverwaltung.

Der Präsident theilt mit, daß die Kommissionen gewählt und konstituirte sind, und zwar wie folgt: Kommission für Petitionen: Jacobi, Vorsitzender; Hüffer, Stellvertreter des Vorsitzenden, Fritzen, von Massow und Schlichter, Schriftführer; — für Geschäftsordnung: Wächler, Hahn, Gruenhagen, Klettsch; — für Wahlprüfungen: von Huene, Sachs, von Linden, Horn; — für Rechnungswesen: Birchow, Hammacher, Bobb, Fritzen; — für Agrarwesen: von Holz, von Schorlemer-Mst, Barchewitz, Bort; — für Unterrichtsweisen: Graf Clairon d'Hauffenville, Engler, Koch, Platen; — für Gemeindeangelegenheiten: Kaufmann, Runge, Bobb, Listemann; — für Justizwesen: Krab, Fiebiger, Bödiker, Walther; — für den Staatshaushalt: von Benda, Stengel, Kalle, von Tiedemann, Kropatschek, Trimbom. Schluß 2 1/2 Uhr. Nächste Sitzung Mittwoch 2 Uhr. (Verzögerung der neu eingetretenen Mitglieder und kleinere Vorlagen.)

Telegraphische Nachrichten.

Würzburg, 31. Januar. Geber Burkert von Gemünden (kerikal) ist an Stelle Lamperts zum Abgeordneten gewählt worden.

Stuttgart, 31. Jan. Der „Staatsanzeiger für Württemberg“ veröffentlicht eine ausführliche amtliche Erklärung des Justizministeriums über den Fall Diez. Diez wurde verhaftet, weil er in Ausübung des Vergehens der fortgesetzten Verbreitung einer verbotenen Druckschrift betroffen wurde. Angezogen werden § 19 des Reichsgesetzes vom 21. Oktober 1878, § 49 des Strafgesetzbuches, die §§ 112 und 115 der Strafprozeßordnung, sowie Art. 31, Absatz 1 der Reichsverfassung. Die fragliche Schrift ist der wörtliche Abdruck des am 23. September 1881 vom Polizeipräsidenten in Berlin verbotenen illustrierten Volkskalenders für 1882.

Wien, 31. Januar. Offiziell. General Czetz führte am 26. d. Abends mit zwei Bataillonen Infanterie von Mostar aus eine Rekognoszirung gegen Jimje aus, während gleichzeitig ein Bataillon Jäger, von Nevesinje aufbrechend, bei Glavaticovo rekognosirte. Am 27. d. fand auf dem rechten Ufer der Ra-

renta ein halbstündiges Gefecht mit etwa 1000 Insurgenten statt. Die Insurgenten zogen sich auf der ganzen Linie zurück. Die Truppen übernachteten in ihrer Stellung und marschirten am 28. d. nach Mostar und Nevesinje zurück, da eine weitere Verfolgung nicht beabsichtigt war. Der Verlust der Insurgenten ist beträchtlich. Von den Truppen ist ein Oberleutnant todt, 2 Mann sind schwer und 3 Mann leicht verwundet. Am 30. d. wurden etwa 40 Insurgenten nach einem halbstündigen, verlustlosen Gefecht auf den Höhen von Svorcan (bei Korito) gegen die montenegrinische Grenze geworfen.

Best, 30. Januar. Die „Ungarische Post“ meldet: In der morgenden Sitzung des vereinigten Vierzweigschusses der ungarischen Delegation wird der Referent Baros ein detaillirtes Exposé vom militärischen Standpunkte aus entwickeln, welches auf Ausführungen des Kriegsministers basiert. Auch wird der Referent vertrauliche Daten vorlegen.

Paris, 31. Januar. [Deputirtenkammer.] Der Ministerpräsident Freycinet verlas eine Erklärung des Kabinetts, in welcher es heißt:

Bei der Erfüllung der Pflichten, welche unser Amt uns auferlegt, beherrscht uns der eine hauptsächliche Gedanke, den Frieden herrschen zu lassen, Frieden im Lande, Frieden in den Gemüthern, wie in der materiellen Ordnung, Frieden nach innen, wie nach außen. Wir werden nichts verabsäumen, um dahin zu gelangen; unsere Aktion wird sich würdig, fest und versöhnlich zeigen. In einem Lande, wie Frankreich, war stets die Freiheit auch der Fortschritt. Sie werden uns unterstützen, die eine zu realisiren und den andern zu sichern. Wir werden in liberaler Weise die neuen Gesetze über die Presse und das Versammlungsrecht anwenden, wir werden Ihnen ein Gesetz vorlegen, welches das Assoziationsrecht sichert, indem es gleichzeitig das Recht des Staates aufrechterhält. Die Frage wegen der Revision der Verfassung muß verjoben werden bis nach Ablauf der gegenwärtigen Legislaturperiode. Angekündigt werden ferner eine Reform des Gerichtswezens, durch welche die Kompetenz der Friedensrichter erweitert und die Anzahl der Appellhöfe und Gerichte erster Instanz vermindert werden soll, sobald eine Reform des Militärwesens, durch welche der Militärdienst auf 3 Jahre reduziert wird. Bezüglich des öffentlichen Unterrichts soll das begonnene Werk fortgesetzt werden. Die Bemühungen der Regierung werden darauf gerichtet sein, die Arbeiten der Nation zu beleben, denn es handelt sich um Leben der Nationen nicht nur um Politik, sondern auch um Geschäfte und materielle Interessen. Von einer Konvertirung der Rente oder dem Rücklauf der Eisenbahnen oder einer weiteren Emission der Rente sei keine Rede. Wir werden die Mißbille der Privatindustrie in Anspruch nehmen. Nichts soll vernachlässigt werden, um eine definitive Lösung der Zolltarifffrage herbeizuführen. Die moralische, intellektuelle und materielle Besserung der Verhältnisse wird die Regierung in ganz hervorragender Weise beschäftigen und dazu veranlassen, die sozialen Probleme zu studiren. Schließlich bittet Freycinet die Kammer, dem Ministerium ihr Vertrauen zu schenken. „Wir können Nichts ohne Sie; die Ueberstimmung der Regierung und der Kammer ist notwendig für das Wohl der Republik und Frankreichs.“

Der Finanzminister Léon Say zog das von seinem Vorgänger vorgelegte Budget zurück, um die erforderlichen Modifikationen vorzunehmen.

Die Deputirtenkammer genehmigte im weiteren Verlaufe der Sitzung einen Kredit von 6 Millionen zur Befreiung der Ausgaben für die Expedition in Tunis im Februar und März. — Andrieux kündigte an, daß er am Donnerstag einen Antrag einbringen werde, welcher die Besserung der Lage der Börsenplätze Paris und Lyon bezweckt. — Wie es heißt, beabsichtigt die äußerste Linke der Kammer das Kabinet wegen der Vertagung der Revisionsvorlage zu interpelliren.

Im Senate wurde die ministerielle Erklärung ebenfalls mit großem Beifall aufgenommen. Der Senat wird am Donnerstag die Wahl des Präsidenten an Stelle Léon Say's vornehmen; die republikanische Linke beabsichtigt, Leroyer als Präsidentschaftskandidaten aufzustellen. Der Senat genehmigte den gestern von der Kammer angenommenen Gesetzentwurf über die Verlängerung der Handelsverträge.

Petersburg, 31. Jan. Das „Journal de St. Pétersbourg“ bespricht die Zusammensetzung des neuen französischen Kabinetts und meint, das Kabinet Freycinet werde in Frankreich heftige Abspannung hervorbringen, aber es werde keine leichte Aufgabe haben; es werde schwierig sein, eine Majorität in der Kammer zu bilden. Im Auslande werde der Amtsantritt des Ministeriums Freycinet sicher überall mit Genugthuung begrüßt werden. — Wie die „Neue Zeit“ hört, soll der Senator Maffei die Revision in den Ostprovinzen ausführen.

Verantwortlicher Redakteur: G. Bauer in Posen. — Für den Inhalt der folgenden Mittheilungen und Inserate übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

Gewinnliste der 4. Klasse 165. kgl. preuß. Klassen-Lotterie. (Nur die Gewinne über 210 Mark sind den betreffenden Nummern in Parenthese beigefügt.) (Ohne Gewähr.)

Berlin, 31. Januar. Bei der heute fortgesetzten Ziehung sind folgende Gewinne gezogen worden:

130 38	293 96	300 2 10	19 99	431 506	(1500) 17	(1500)
34 658	65 79	712 67	857 63	904. 1021	76 77	132 80
216 98	(300) 309	(3000) 52	444 48	508 34	51 55	74 626
98 719	74 805	7 32	34 36	74 80	(300) 987.	2051 55
92 147	87 266	80 83	308 11	(300) 48	81 460	(300) 63
582 603	20 (300) 21	25 32	60 870.	3055 59	71 90	(15000) 105
83 215	45 60	(300) 66	80 338	415 26	(600) 39	47 62
509 (300) 81	821 (300) 40	65. 4096	359 541	70 80	699 750	870 937.
5019 (600) 21	41 91	105 45	53 (300) 256	(300) 92	300 82	410
22 74	614 37	95 716	28 45	51 52	98 819	981 (600).
6056 62	(300) 73	149 76	(1500) 216	60 63	95 (300) 304	59
(300) 402	17 55	59 72	81 508	44 46	47 92	603 83
97 702	31 832	85 96	908 66	84 7092	103 220	32 350
74 570	93 603	17 89	722 29	40 8008	184 (300) 218	33 366
94 (600) 432	53 512	661 920	46 57	72 (300) 909	47 58	140 58
93 432	85 95	427 92	99 (600) 621	71 801	743 (300) 48	71 933
46 66	(300) 97	98.				

10018 45	79 117	53 66	311 32	438 562	77 89	625 42	89
92 803	914 37	86. 11103	66 318	(300 34	300) 79	(300) 82	450
89 563	67 74	621 63	720 61	72 (300) 92	(300) 803	(600) 36	51
914 19	(600) 51.	12040	148 79	80 (600) 93	215 55	67 315	16
(1500) 82	85 468	(3000) 80	(3000) 508	(1500) 26	(3000) 29	58 (300)	
71 625	43 709	79 87	92 941	93. 13087	103 24	(300) 313	77
59 30	601 722	51 95	963 76.	14096	165 81	211 342	481
584 661	858 966	97. 15000	(1500) 14.	124 77	96 (300) 97	234	
40 71	76 96	311 37	(300) 91	419 300	92 (150) 504	(600) 49	
655 739	50 93	831 (1500) 51	69 97	(600) 16057	97 120	41 44	
(300) 92	249 60	312 32	415 28	520 35	63 (600) 95	629	(1500)

